

Luzi Stamm: Staatsanwalt übernimmt den Fall

SVP-Nationalrat Luzi Stamm kaufte Kokain – als Lockvogel, wie er sagt. Jetzt hat die Berner Kantonspolizei ihre Ermittlungen abgeschlossen. **Luzi Häuptli**

Der Aargauer Nationalrat hatte das Kokain im letzten März in Bern gekauft und am nächsten Tag der Kantonspolizei übergeben. Bereits im letzten Dezember hatte Stamm bei der Polizei Falschgeld in der Höhe von rund einer Million Euro abgegeben.

Jetzt hat die Kantonspolizei ihre Ermittlungen abgeschlossen und den Fall einerseits der Berner Staatsanwaltschaft und andererseits der Bundesanwaltschaft übergeben. Für Drogendelikte ist die erste zuständig, für Falschgelddelikte die zweite.

Die beiden Behörden klären zurzeit ab, ob sie gegen Stamm ein Strafverfahren eröffnen. «Die regionale Staatsanwaltschaft Bern-Mittelland prüft zurzeit, ob und inwieweit das ihr von der Polizei übermittelte Ermittlungsergebnis strafrechtlich relevant ist», sagt der Sprecher der Berner Staatsanwaltschaft. Die Bundesanwaltschaft will sich zu ihren Abklärungen nicht äussern und hält lediglich fest, dass sie «zurzeit» kein Verfahren führe.

Luzi Stamm sagt, er habe das Kokain als «Lockvogel» gekauft und damit zeigen wollen, wie einfach man mitten in Bern zu Drogen komme. «Ich beabsichtigte weder einen Konsum noch einen Besitz und natürlich noch viel weniger einen Weiterverkauf», sagt der SVP-Nationalrat. «Deshalb deponierte ich das gekaufte kleine Briefchen mit dem weissen Inhalt unmittelbar nach dem Kauf beim Sicherheitsdienst des Bundeshauses, um es danach zur Polizei zu bringen.» Das Falschgeld wiederum habe er von einem Klienten erhalten, sagt Stamm, der Anwalt ist.

Er weist auch auf den Fall des ehemaligen Genfer Grossrats Eric Stauffer hin. Dieser hatte 2013 für einen Kokainkauf ähnliche Motive angegeben. Er wurde vom Bundesgericht schliesslich freigesprochen.



Nationalrat Luzi Stamm. (2016)



Für eine Woche Ferien um die halbe Welt geflogen: Chinesische Touristen vergnügen sich auf ihrer Reise durch die Schweiz auf dem Titlis. (17. Mai 2019)

SP befeuert Tourismusdebatte

Die Partei fordert eine «sorgfältige Weiterentwicklung» des Ferienlands Schweiz

Stefan Bühler

Gestaffelt in Gruppen von bis zu 4000 Personen bereisen diesen Monat insgesamt 12 000 Chinesen die Schweiz. Auf Einladung ihres Arbeitgebers, des Kosmetikonzerns Jeunesse Global, bleibt jede Gruppe jeweils sechs Tage im Land. Wie sich jetzt zeigt, hält die SP Schweiz diese Art von Massentourismus nicht für zukunftsweisend. Das geht aus einem neuen Positionspapier zum Tourismus hervor, das die SP-Fraktion kürzlich verabschiedet hat.

Im Leistungsauftrag des Bundes an die Marketingorganisation «Schweiz Tourismus» sei festzuhalten, dass «der Anteil der Gäste aus den Fernmärkten gegenüber jenem aus den europäischen Nahmärkten nicht mehr weiter gesteigert werden darf», heisst es darin. Mit anderen Worten: Statt mehr Touristen aus Asien und Übersee einzufliessen, soll die Schweiz stärker auf einheimische Gäste und Kunden aus Europa setzen. Und diese sollen möglichst mit dem Zug anreisen.

Mehr staatliche Hilfe

Konsequenterweise fordert die SP in ihrem Positionspapier eine Flugticketabgabe im Kampf gegen die Klimaerwärmung. Und sie schlägt vor, dass Züge aus dem

Ausland bis in den Alpenraum fahren, so dass die ausländischen Gäste eine direkte Verbindung zu ihrem Zielort haben. Die Partei setze sich für Massnahmen ein, welche «die vielfältigen negativen Auswirkungen des Reisens vermindern und einen fairen Handel im Tourismus unterstützen», lautet ein Leitsatz.

Trotz diesen kritischen Tönen: Die Genossen wollen den Tourismus in der Schweiz nicht bekämpfen oder zurückdrängen. Im Gegenteil: «Die SP Schweiz setzt sich für eine wirkungsvolle Tourismusförderung ein», heisst es im Papier. Der Tourismus spiele «eine sehr wichtige Rolle». Doch seien wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte gleichermaßen zu berücksichtigen.

Was dies heissen könnte, zeigt ein Vorstoss, den Ständerat Hans Stöckli im März eingereicht hat: Der Bundesrat solle einen Fonds ins Leben rufen zur Sanierung von Hotels und Ferienunterkünften im Berggebiet. «Viele Beherbergungsbetriebe auch im alpinen Raum sorgen sich um ihre Zukunft», sagt Stöckli. Oft fehle es für dringend notwendige Investitionen an Eigenkapital, «oder es ist schwierig, bei den Banken Kredit aufnehmen zu können». In vielen Fällen werde deshalb nur das Notwendigste saniert. Mass-

Besucher aus China

Erste grosse Gruppe ist abgereist

Die ersten 4000 chinesischen Touristen, die auf Einladung der Firma Jeunesse Global die Schweiz bereisten, sind wieder heimgekehrt. Da die Gruppe weiter aufgeteilt worden sei, habe es bei den Sehenswürdigkeiten keine Wartezeiten oder Engpässe gegeben, teilt «Schweiz Tourismus» mit. In

nahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz blieben aus. «So leiden die Betriebe gerade in kalten Wintersportorten weiterhin unter hohen Heizkosten», erklärt der Ständerat. Das gefährde ihr Bestehen: «Viele Betriebe schliessen oder bleiben unsaniert.» Das gelte es zu verhindern.

Auch im Interesse vieler Hoteliers dürfte eine weitere Forderung der SP sein: Der Bund soll eine nationale Buchungsplattform zur Vermittlung aller in der Schweiz vermietbaren Hotelzimmer und Ferienwohnungen finanzieren und diese gratis zur Verfügung stellen. Damit könnte die Macht von Portalen wie etwa Booking.com oder Airbnb einge-

Luzern, wo sich letzten Montag die ganze Gesellschaft versammelte, hätten sich die Vorkehrungen bewährt. In den nächsten zwei Wochen sind weitere Gruppen von 2000 bis 3000 Personen im Land unterwegs, total kommen 12 000 Chinesen. Der Umsatz dürfte rund 14 Millionen Franken betragen. (sb.)

schränkt werden. Diese fordern Vermittlungsgebühren und stellen den Anbietern klare Bedingungen bei der Preisgestaltung – zum Ärger vieler Hoteliers.

Ständerat Stöckli, der in zahlreichen Gremien von Tourismusverbänden sitzt, ist die treibende Kraft hinter dem neuen Positionspapier. Bis anhin seien die Interessen des Tourismus vor allem von bürgerlichen Parteien vertreten worden, sagt er. Dabei beschäftige der Tourismus gerade in den Bergregionen so viele Arbeitnehmer wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig. Deshalb habe er in der SP angeregt, sich vertieft mit dem Thema zu befassen. Mit Sorge beobachtet Stöckli auch,

dass zuletzt vermehrt Bahnen und Lifte in die Hände ausländischer Investoren geraten sind. «Für uns gehören touristische Infrastrukturen zum Service public, wie Wasser und Strom», sagt er. «Die Kontrolle muss bei den Einheimischen bleiben.»

Neue Nationalpärke

Am Papier mitgearbeitet hat auch die Bündner Nationalrätin Silva Semadeni. Die frühere Präsidentin des Naturschutzverbandes «Pro Natura» fordert «eine sorgfältige Weiterentwicklung des Tourismus im Berggebiet». Diese müsse Richtung Ganzjahrestourismus gehen. Es brauche kulturelle Angebote nicht nur in den Städten, sondern auch im Alpenraum. Und sie wünscht sich neue Nationalpärke: «Davon profitieren beide, die Natur und der Tourismus.»

Kaum ein Zufall ist es, dass sich gerade Stöckli und Semadeni dertart des Themas annehmen. Im Streit um olympische Winterspiele «Sion 2026» in den Kantonen Wallis, Freiburg und Bern waren es diese beiden, welche die Partei 2018 einer Belastungsprobe aussetzten. Er kämpfte zuvorderst für die Kandidatur. Sie führte die Gegner an, die sich klar durchsetzten. Mit dem Positionspapier dürften wohl auch parteinterne Risse gekittet werden.

Classe politique



Therese Schläpfer

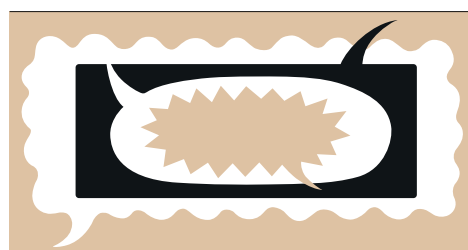
Adrian Wüthrich

Therese Schläpfer, Newcomerin, will es wissen. Die Zürcher SVP-Frau tritt im Juni ihr neues Amt als Nationalrätin an und hat nun die Medien eingeladen, darüber zu berichten. Aufhorchen lässt, dass sich Schläpfer dafür Hilfe bei der Agentur Farner geholt hat. Denn das ist nicht nur eine der grössten PR-Firmen im Land, sondern auch die, deren Gründer einst prahlte,

mit einer Million mache er auch aus einem Kartoffelsack einen Bundesrat. Da müsste es Schläpfer eigentlich schon für ein paar Franken mindestens bis zur Bundespräsidentin bringen.

Adrian Wüthrich, Stressfaktor, läuft auf. Der SP-Nationalrat hat Wirtschaftsminister Parmelin aufgefordert, eine Studie zum Thema Stress bei der Arbeit zu erstellen. Doch so schnell lässt sich dieser nicht aus der Ruhe bringen. Stoisch entgegnete Parmelin, es gebe dazu ja Daten, die man regelmässig analysiere, und zeige diese Analyse, dass mehr Informationen nötig seien, könne ein entsprechender Auftrag ausgelöst werden. Kurzum: Wüthrich, mach keinen Stress!

Trump, Xi und Ueli im unteren Gürbetal



Showdown
Stefan Bühler

Kürzlich setzten sich Xi Jinping und Donald Trump zu uns an den Stammtisch im «Bären». Sie waren auf einem Spaziergang zufällig im unteren Gürbetal vorbeigekommen. Xi kam aus der Richtung von Belp, Trump von Kaufdorf her. Die beiden wirkten überrascht, sich ausgerechnet hier zu treffen. Auch wir waren

etwas überrumpelt: Dass zwei Touristen gleichzeitig im Gürbetal auftauchen, kommt doch eher selten vor. Wir rückten zusammen, offerierten den zwei Gästen je einen Nussgipfel und machten Duzis.

Für uns war es eine einmalige Gelegenheit, von nahe einen Einblick in die Welt-politik zu erhalten. Und so hätte ich Donald gern gefragt, ob ich einmal unter seinen gelborangen Deckel schauen dürfte, um zu sehen, was sich darunter befindet. Auch technische Details hätten mich interessiert. Zum Beispiel, wo bei seiner Frisur die Scharniere angebracht sind. Aber Locher Ruedi, unser Vordenker, riss das Gespräch an sich: «Was kostet eigentlich ein chinesischer Erntehelfer?», fragte er Jinping geradeheraus, «ist er günstiger als zum Beispiel ein polnischer?» Es sei nämlich so, dass in Polen wegen der EU und der Kohäsionsmilliarde der Wohlstand immer mehr steige und damit auch die dortigen Löhne. Nun drohe Jaromir, unser langjähriger Erntehelfer, nach Polen heimzukeh-

ren, wenn wir ihm nicht den Lohn verdoppelten. «Aber Chinesen gibt es ja viele, das haben wir gerade diese Woche in Luzern gesehen. Und vom Chinakohl her wäre es wohl auch nicht so eine grosse Sache, sie in die Produktion von Suurchabis einzuführen. Was meinst du?», fragte Locher.

Er brauche seine Leute selber, antwortete Jinping, «für die Herstellung von Handys und Spyware». Aber er empfehle uns, es einmal mit Uiguren zu versuchen: «Die sind bezüglich Unterbringung bescheidene Verhältnisse gewöhnt und daher sehr günstig.» «Oder Mexikaner!», warf Donald ein, «nimmt Mexikaner!» Die hätten zwar keine Ahnung von Suurchabis, würden aber jedes Dorffest mit ihrer lüpfigen Musik bereichern.

In diesem Moment stürmte Ueli Maurer ins Restaurant. Er wirkte gestresst. CNN habe soeben für ein Interview angefragt, doch ihm falle einfach keine Antwort ein. Verzweifelt wandte sich Ueli an Donald: «Was heisst: Kä Luscht! auf Englisch?»